

# Schweigen

**Gemeinderat** Auf die Resolution, die Flüchtlingsunterkunft in Rieden bis zum Jahresende zu schließen, erhält die Kommune keine Antwort. Helferkreis unterstützt nun Forderung

VON KLAUS THIEL

**Rieden** In einer Resolution an die Bayerische Staatsregierung hat die Gemeinde Rieden, wie berichtet, die Schließung der örtlichen Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge gefordert. Jetzt hat die Kommune Unterstützung von den ehrenamtlichen Mitarbeitern der Flüchtlingshilfe erhalten. In einem Schreiben fordern sie die Unterkunft „soll schnellstmöglich geschlossen werden“ und führen insgesamt zehn Gründe dafür an. Dies wurde bei der Gemeinderatssitzung am Montagabend bekannt.

Das Schreiben wurde Ende September an dieselben Adressen wie die gemeindliche Resolution versandt. Unter anderem an das Landratsamt, die Regierung von Schwaben, an die Staatsregierung sowie regionale Politiker und Medien. Reaktionen vermisste die Gemeinde bis heute, monierte Zweiter Bürgermeister Johann Echter bei der Gemeinderatssitzung, die er anstelle der verhinderten Bürgermeisterin

Inge Weiß leitete. Echter vermutete, dass diese Angelegenheit bewusst „unter der Decke gehalten wird“. Es sei zwar im Vorfeld von der Regierung von Schwaben die Bildung eines Runden Tisches angekündigt worden, um die Probleme zu erörtern. Von der Gemeinde sei aber alles bereits gesagt worden, meinte Echter und bezweifelte die den Nutzen eines solchen Treffens. Er forderte erneut die Schließung des Asylbewerberheims zum Ende des Jahres 2017. Als Gründe führte er erneut zu kleine Unterkünfte, zu wenig Fachpersonal für die Betreuung, keinerlei Ausweichräume und den miserablen baulichen Zustand des Gebäudes an. Arzt, Apotheke, Bank, Schule, Einkaufsmöglichkeiten – alles Fehlanzeige in Rieden. Die Infrastruktur im Dorf habe sich laufend verschlechtert.

Die Stabsstelle Flüchtlingspolitik des Familienministeriums habe „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ veröffentlicht. In der staatlichen Unterkunft Rie-

den sei nahezu nichts von diesen Mindeststandards gegeben, schrieb der Sprecher des örtlichen Helferkreises, Rudi Steppan.

Ein weiteres Thema in der Sitzung war erneut der Flächennutzungsplan und der Entwurf des Bebauungsplans „Gewerbegebiet Rieden Süd“. Vor vier Wochen hatte das Gremium den Vorentwurf für

die Änderung beraten und entsprechende Abwägungen eingearbeitet. Zum Vorentwurf haben sich laut Architekt Klaus Erhard keine Abweichungen mehr ergeben. In den Bebauungsplan wurde zusätzlich eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 70 zwischen den beiden Ortsteilen Rieden und Zellerberg eingebracht.



**Die Gemeinde fordert, dass die Unterkunft für Flüchtlinge in Zellerberg geschlossen wird. Doch auf ihre Resolution erhielt sie bisher keine Antwort.** Foto: Mathias Wild